



Pressemitteilung von 28. Januar 2019

## **Die FRAKTION beantragt Resolution gegen das AfD-Meldeportal**

**Nach der Einführung des AfD-Meldeportals für Lehrer dürfen auch Schüler\*innen an Schulen plötzlich nicht mehr frei ihre eigene Meinung äußern. Jedenfalls nicht dann, wenn besagte Meinung sich gegen die AfD richtet.**

*Hannover* – Nachdem die Schülerin einer IGS zur Demonstration gegen das Lehrer-Meldeportal aufgerufen hat, wurde sie wegen dieses vermeintlichen Vergehens direkt beim Online-Meldeportal angeschwärzt. Für politisches Engagement wird man mittlerweile nämlich an den Pranger gestellt – zumindest, wenn es nach der selbsternannten Schul-Überwachungsbehörde AfD geht. Dabei sind Schüler\*innen dem Neutralitätsgebot eigentlich gar nicht verpflichtet. Dieser Vorfall zeigt jedoch deutlich, wie viel Unruhe das umstrittene Portal in das alltägliche Schulgeschehen bringt. Statt kritisches Denken anzuregen, muss man sich vielleicht bald davor fürchten, die eigenen Gedanken frei zu äußern.

Der schulpolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die FRAKTION Julian Klippert sieht die Erfüllung des Bildungsauftrags ganz klar gefährdet: "Die Schule muss Schüler\*innen genügend Erfahrungsraum und Gestaltungsfreiheit bieten, damit sie sich auf das spätere Leben vorbereiten können. Dazu gehört auch, dass sie ihre weltanschaulichen Überzeugungen diskutieren dürfen und sich an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beteiligen."

Schon vor diesem Vorfall wurde die Einführung des Portals unter demokratischen Parteien und auch in der Die PARTEI Ratsfraktion kritisch betrachtet, denn Schüler\*innen dürfen nicht zu Denunziant\*innen erzogen und als Informationsquelle missbraucht werden. Nachdem es nun auch noch so scheint, als richte sich das Portal selbst nicht mehr nur gegen Erwachsene sondern auch gegen Kinder, kann es keine andere Vorgehensweise mehr geben, als dass sich die Landeshauptstadt Hannover endlich öffentlich gegen dieses Meldeportal auszuspricht und die AfD dazu anzuhalten, das öffentliche "An den Pranger stellen" im Internet einzustellen.